

LINKS BL·BS

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
201 · Ausgabe BL·BS · August 2022



Quo vadis Schweiz-EU – Quo vadis SP 60+ BS und BL?

Die Gruppe SP 60+ BS und BL hat nach über zwei Jahren pandemiebedingter Zwangspause die beliebten gemeinsamen Veranstaltungen wieder aufgenommen. Mit Eric Nussbaumer als Referenten haben wir das Thema «die Schweiz und die EU» besprochen. Vorschläge für kommende Veranstaltungen aus den Reihen der Mitglieder sind willkommen.

Die Schweiz und die EU: Was wir von Eric erfahren haben

Die bilateralen Verträge mit der EU sind ein Konstrukt, welches sich nun über längere Zeit bewährt hat, jedoch immer wieder Anpassungen erfordert. Deshalb wurde während über vierzehn Jahren um ein Rahmenabkommen gerungen. Mit dem «Versenken» des Rahmenabkommens und dem Abbruch der Gespräche hat der Bundesrat die EU vor den Kopf gestossen. Das Vorgehen des Bundesrates wäre so nicht nötig gewesen.

Konkret betreffen die ersten Einschränkungen die Forschung. Unsere Universitäten können an den Forschungsprojekten von Horizon und Erasmus nicht mehr teilnehmen. Im Dreiländereck trifft dies die Life Science.



Der Aussenhandel von Firmen der Medizinaltechnik wird erschwert, weil schweizerische Vorgaben den europäischen nicht mehr gerecht werden. Sollten zusätzlich Schwierigkeiten im freien Personenverkehr dazukommen, wird die Situation vor allem für die Pharmaindustrie noch schwieriger. Das könnte negative Folgen für uns im Dreiländereck haben.

Ohne ein institutionelles Dach über den Verträgen bleibt der bilaterale Weg blockiert. Die Europäische Kommission ist nicht mehr bereit, bestehende Marktzugangsabkommen aufzudatieren oder neue Abkommen abzuschliessen. Der Bundesrat muss unbedingt die Verhandlungen wieder aufnehmen. Eric skizziert eine mögliche Lösung: Zuerst wäre ein befristetes Stabilisierungsabkommen zusammen mit einem Ausbau der Kohäsionsleistungen der Schweiz anzustreben. Danach müsste über ein Assoziierungsabkommen verhandelt werden. So würden der Binnenmarkt und die damit verbundenen institutionellen Fragen geregelt. Zugleich müsste zur innenpolitischen Abstützung ein Europagesetz entstehen. Für Eric ist dies aber nur ein Zwischenschritt. Ein Beitritt zur

EU ist für ihn die beste Option. Wir könnten mitbestimmen und teilhaben an der weiteren Gestaltung der europäischen Friedens- und Integrationspolitik.

Quo vadis SP 60+ BS und BL?

Viele von uns haben die Jugendkrawalle und die Anti-AKW-Demonstrationen hautnah erlebt. Sie haben sich eingesetzt für Freiheit, für Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Heute stehen diese Werte einer anderen Realität gegenüber. Es herrscht Krieg in Europa, der Klimawandel ist da. Die Konsequenzen davon tragen die Generationen nach uns. Wir wollen jedoch die Suche nach Lösungen für dringende Probleme nicht einfach der jüngeren Generation überlassen, das wäre ungerecht. Wir wollen zur Problemlösung beitragen und uns für eine soziale, demokratische und nachhaltige Schweiz einsetzen.

Deshalb brauchen wir Mitglieder, die mitmachen in Gremien, Arbeitsgruppen oder in den Kerngruppen. Themen, die beide Kantone gleichermaßen betreffen, möchten wir auch in Zukunft gemeinsam diskutieren. Vorschläge für Themen können an Christine Jansen, Sekretariat SP Baselland, geschickt werden. Wir werden versuchen, ein vielfältiges Jahresprogramm für 2023 zusammenzustellen.

*Katharina Gallauer, Rita Müller
und Marianne Quensel,
Mitglieder der beiden Kerngruppen
der SP 60+ BS und BL*

Gegen die Schwächung von Kanton und Demokratie

Die Volksinitiative für eine Verkleinerung des Regierungsrats zöge eine immense Umstrukturierung begleitet von unzähligen Unsicherheiten nach sich. Ein Mehrwert für die Bevölkerung ist nicht erkennbar. Jedoch würde die Regierung empfindlich geschwächt und damit sowohl unser Kanton als auch unsere Demokratie. Deswegen braucht es ein wichtiges Nein am 25. September.

Anders als in anderen Kantonen sind die Gemeindeaufgaben der Einwohnergemeinde Basel in der kantonalen Verwaltung integriert. So gesehen hat Basel bereits eine vergleichsweise schlanke Exekutive. Ein Anlass für die geforderte Reduktion ist nicht zu erkennen – im Gegenteil:



Mahir Kabakci, Grossrat

Vielmehr würden dieselben Aufgaben auf weniger Schultern im Regierungsrat verteilt. Die einzelnen Bereiche erhielten deshalb weniger Aufmerksamkeit seitens einer demokratisch legitimierten Person. Nicht zuletzt würde auch die Repräsentanz der politischen Kräfte unter der Verkleinerung der Regierung leiden.

Kontinuitätsverlust

Das Präsidialdepartement leistet wertvolle Arbeit in der departementsübergreifenden strategischen Leitung, Planung und Koordination unseres Kantons. Kontinuität während mindestens vier Jahren ist für diese Funktion sehr sinnvoll – gerade wenn es um die Vertretung unserer kantonalen Interessen gegenüber dem Bund und die interkantonalen, regionalen und städtischen

Beziehungen geht. Das mehrjährige Präsidium erlaubt zudem eine umfassende Einarbeitung ins Amt und die langfristige Erfüllung der wachsenden Aufgaben.

Weniger Zeit für Basels Interessen

Schon heute verliert unser Kanton immer mehr an Einfluss in Bern und mit dieser Initiative würde Basel-Stadt noch einmal geschwächt. Denn unsere Regierungsrät:innen hätten kaum noch die Zeit, um Lobbyarbeit für den Kanton zu leisten. Es ist jedoch eine wichtige Aufgabe unserer Regierung, Basel-Stadt kantonal, national und international bestmöglich zu vertreten.

Fazit: Hier geht es um eine riesige Umstrukturierung der Verwaltung verbunden mit jahrelanger Unsicherheit, ohne einen echten Mehrwert – weder für die Politik noch für die Basler Bevölkerung.

Mobilisiere deswegen jetzt dein Umfeld gegen diese Initiative. Wir wollen für ein wichtiges Nein an der Urne sorgen.

Weniger demokratische Legitimation

Die Reduktion der Anzahl Regierungsmitglieder hätte eine enorme Umstrukturierung zur Folge. Der Bestand und die Aufgaben der Kantonsverwaltung blieben unverändert, sie würde lediglich in fünf statt sieben Verwaltungseinheiten eingeteilt. Damit liessen sich weder Bürokratie eindämmen noch bestehende Kompetenzkonflikte entschärfen.

Anzahl Exekutivmitglieder in verschiedenen Kantonen

Kanton (Einwohnende)	Kantonal	Kantons-hauptort	insgesamt
Zürich (1 564 000)	7	9	16
Genf (510 000)	7	5	12
Baselland (293 000)	5	5	10
Basel-Stadt (196 000)	7	0	7
Neuenburg (176 000)	5	5	10
Schwyz (164 000)	7	9	16
Uri (37 000)	7	5	12



AGENDA SP BS

- Samstag, 27. August 2022, 9.30 – 15.00 Uhr
Parteitag SP Basel-Stadt:
Sozialdemokratie der Zukunft
Wettsteinhof, Claragraben 43
- Sonntag, 25. September 2022
Abstimmungssonntag
- Dienstag, 27. September 2022, 20.00 Uhr
Delegiertenversammlung
Volkshaus Basel, Unionsaal 1. Stock

Veranstaltungen der SP Basel-Stadt werden jeweils auch im Newsletter am Dienstag per Mail angekündigt. Die Agenda auf der Website www.sp-bs.ch wird laufend aktualisiert und enthält nebst den kantonalen Terminen auch jene von anderen SP-Organen.



Für mehr erlebbare Naturräume und Biodiversität!

Ja zur Zukunft der Freizeitgärten

Die Gesetzesänderung zu den Freizeitgärten wurde bisweilen polemisch debattiert. Im Zusammenhang mit der Abstimmung lohnt sich ein nüchterner Blick. Die Anpassungen des Gesetzes orientieren sich weitgehend an gelebten Gegebenheiten. Ein paar wichtige Neuerungen bringen einen Mehrwert für die Bevölkerung. Alldem stimmen wir überzeugt zu.

Für viele Baslerinnen und Basler ist der Freizeitgarten ein kleines Paradies, ein wichtiger Aufenthalts- und Rückzugsort. Gerade für Menschen ohne das Privileg eines privaten Gartens ist der Freizeitgarten als erweitertes Zuhause von unschätzbarem Wert. Steht dieses Glück nun auf dem Spiel wegen der Teilrevision des Freizeitgartengesetzes? Nein, das ist reine Angstmacherei der Gegnerinnen und Gegner dieser Vorlage. Die Behauptungen, dass «hundert von Freizeitgärten» aufgehoben oder dass Gartenpächterinnen und -pächter «staatlich enteignet» würden, sind falsch. Von dieser Polemik lassen wir uns nicht täuschen.

Worum es geht

Inhaltlich handelt es sich vor allem um eine Anpassung des Gesetzes an bereits gelebte Gegebenheiten. So wird beispielsweise das Mitspracherecht der Freizeitgartenvereine

in der Arealgestaltung festgeschrieben. Wichtige Neuerungen sind die Pflicht zu biologischem Anbau sowie die Möglichkeit einer Verpachtung von Gartenparzellen an gemeinnützige Vereine. Das sind zeitgemässe und fortschrittliche Anpassungen.

Naherholungsräume für alle

In der Öffentlichkeit ist vor allem von der «Öffnung» bzw. der «Durchwegung» der Areale die Rede. Der Regierungsrat und die zuständige Stadtgärtnerei verfolgen das Ziel, einige der Areale, die heute hinter verschlossenen Toren liegen, für die Bevölkerung zugänglich zu machen und neue öffentliche Wege durch die Areale zu führen. Im Kanton Basel-Stadt, wo Grün- und Naherholungsräume knapp sind, ist dies ein echter Mehrwert. Zudem ist geplant, dass der Kanton in den Freizeitgartenarealen öffentliche Toiletten und Spielplätze erstellt. Davon profitieren so-



Stefan Wittlin, Grossrat



Michela Seggiani, Grossrätin

wohl die Pächterinnen und Pächter als auch die Besuchenden.

Gartenparzellen bleiben privat

Keine einzige Gartenparzelle wird wegen dieser Gesetzesrevision aufgehoben. Die Gartenparzellen bleiben privat und sind auch zukünftig nicht zugänglich für die Öffentlichkeit. Die neuen Wege und die Infrastruktur kommen aber der gesamten Bevölkerung zugute. Wir wehren uns gegen die Polemik der Gegnerinnen und Gegner dieser Vorlage und sagen überzeugt Ja zur Teilrevision des Freizeitgartengesetzes.

PAROLEN DER SP BASEL-STADT FÜR DEN 25. SEPTEMBER 2022

Kantonal

- Teilrevision des Freizeitgartengesetzes: **Ja**
- Initiative zur Verkleinerung des Regierungsrates: **Nein**

National

- Massentierhaltungsinitiative: **Ja**
- Erhöhung der Mehrwertsteuer: **Nein**
- Änderung des AHV-Gesetzes: **Nein**
- Änderung des Verrechnungssteuergesetzes: **Nein**

RÜCKBLICK AUF DIE SOMMERSESSION

Nachhaltige Finanzpolitik, Kaufkraft und Europa sind prioritär

Wir blicken auf eine intensive und zukunftsweisende Sommersession zurück. In der aktuellen Situation sind die Finanz-, die Gesundheits- und die Klimapolitik wichtiger denn je. Und auch im Europadossier braucht es Bewegung von Schweizer Seite.

Schuldenabbau nach zwei Jahren Pandemie

Der Entscheid zum Umgang mit den rund 30 Milliarden Corona-Schulden ist im Nationalrat gefallen. Ein Kompromiss obsiegte: Die Hälfte der Schulden werden durch bisherige Ersparnisse beglichen, die andere Hälfte muss bis 2031 durch Nationalbankgewinne abgestottet werden. Dies schränkt das Bundesbudget wegen der Schuldenbremse unnötig ein. Gerade auch im Hinblick auf die anstehende planlose Aufstockung des Armeebudgets wird die Schuldenbremse eine grosse Herausforderung.

Handlungsspielraum für Investitionen erhalten

Gleichzeitig stehen wichtige Investitionen an. Zwei wurden in der vergangenen Session beschlossen: Der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscherinitiative unterstützt den Kampf gegen den Klimawandel. Der direkte Gegenvorschlag zu unserer Prämienentlastungsinitiative ist ein Schritt auf dem Weg zu einem bezahlbaren Gesundheitswesen. Für diese und weitere Bemühungen, die soziale Ungleichheit zu stoppen, braucht es finanzpolitischen

Handlungsspielraum. Es ist unverantwortlich, dass die Bürgerlichen weiterhin versuchen, Steuern für privilegierte Gruppen zu senken. Darum: Unbedingt Nein stimmen am 25. September zum Abbau der Verrechnungssteuer.

Konkrete Hilfe in Zeiten der Inflation

Durch die Inflation gerät die Kaufkraft vieler Haushalte immer stärker unter Druck: Energiepreise, Mieten und Krankenkassenprämien steigen und steigen – gleichzeitig stagnieren Löhne und Renten. Wie wir die Haushalte weiter entlasten werden, entscheidet das Parlament in der bevorstehenden ausserordentlichen Session zur wirtschaftlichen Abfederung des Ukraine-Krieges: Hierzu reichten wir gemeinsam mit der «Mitte» zwei Vorstösse ein.

1. Alle Rentner:innen sollen spätestens per 1.1.2023 den vollen Teuerungsausgleich erhalten. Regelmässige Anpassungen sollen folgen.
2. Der Bund soll seinen Beitrag an die individuelle Prämienverbilligung für das Jahr 2023 um 30 Prozent erhöhen, sofern die Kantone ihren Beitrag nicht senken.

Die SP hat zudem den «Chèque fédéral» lanciert: Alle Haushalte sollen 260 Franken pro Erwachsenen und 130 Franken pro Kind erhalten, und bei den Mietkosten soll ein temporärer Nebenkostendeckel eingeführt werden, der bei einem Anstieg der Nebenkosten von mehr als 30 Prozent greift.

Dranbleiben als Forschungsstandort

Des Weiteren ist für uns der Einsatz für eine stabile Beziehung zwischen der Schweiz und der EU zentral. Gerade Basel ist von der Erosion der Beziehung mit Europa besonders hart betroffen – wirtschaftlich und gesellschaftlich. Erfreulicherweise hat der Nationalrat im Juni eine von der SP in der Aussenpolitischen Kommission eingereichte Motion überwiesen. Die Motion fordert vom Bundesrat Verhandlungen mit der EU für eine volle Assoziation der Schweiz bei Forschungsprogrammen. Horizon Europe, Digital Europe, Iter, Euratom und Erasmus+ sind für den Bildungs- und Forschungsplatz Schweiz von immenser Bedeutung.

Nun stehen die Sondersession und die Herbstsession vor der Tür. Und wir sind hoch motiviert, uns wieder mit voller Kraft für gesundheits-, bildungs-, grenz- und sozialpolitische Anliegen aus Basler Sicht einzusetzen.



Sarah Wyss ist Vizepräsidentin der Finanzkommission im Nationalrat.



Mustafa Atici ist Mitglied der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur im Nationalrat.



URS WÜTHRICH- PELLOLI

SP-REGIERUNGSRAT 2003–2015

Rasch tritt der Tod den Menschen an,
Es ist ihm keine Frist gegeben;
Es stürzt ihn mitten in der Bahn,
Es reisst ihn fort vom vollen Leben.

Friedrich Schiller, Wilhelm Tell

Gedanken zum Tod von Urs Wüthrich-Pelloli

Am 18. Juli ist Urs Wüthrich im Alter von 68 Jahren völlig unerwartet gestorben. Sein Tod ist ein trauriger Verlust für seine Familie, für seine Weggefährtinnen und Weggefährten, für die SP Baselland.

Urs ist im Emmental aufgewachsen; er war nach seinen eigenen Worten «E Bueb vo Trueb». Im Gemeinderat von Zuchwil begann sein langjähriges politisches Engagement, sein unermüdlicher Einsatz für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaft. Ausgebildet als Kaufmann und Psychiatriepfleger, wechselte er das Berufsfeld und wirkte für den VPOD, zuletzt von 1981 bis 2002 als Zentralsekretär.

Die folgenden Zeilen reichen nicht aus, um das vielseitige Leben und Wirken von Urs zu beschreiben. Manches bleibt unerwähnt.

Die Liste seiner politischen Ämter ist lang: Präsident des Gewerkschaftsbundes Baselland, Mitglied des Landrates, Fraktionspräsident und von 2003 bis 2015 Regierungsrat und Vorsteher der Bildungs-, Kultur- und Sportdirektion. Nach seinem Rücktritt aus der Regierung engagierte sich Urs bis zu seinem Tod für die Öffentlichkeit: im Förderverein der Universität Basel, bei den Naturfreunden Schweiz, bei Benevol Baselland, beim Förderverein Sinfonietta Basel, für die Kunsteishalle Sissach. Weiterhin blieb er ein aktives Mitglied der SP Baselland, wirkte im Vorstand der Sektion Sissach, als Delegierter bei der Kantonalpartei, zudem als Mitorganisator der SP-Bildungsveranstaltungen.

Urs war mit spürbarem Stolz Regierungsrat. Die Nähe zu den Leuten war ihm wichtig, er war gesellig und nahbar. Gestaltungsfreude und Ideenreichtum gehörten zu ihm. Die Umsetzung von vielem, was er anstrebte, wurde leider durch die schwierige finanzielle Lage des Kantons deutlich eingeschränkt. Stets sah er den Kanton Baselland in einem unverzichtbaren Zusammenhang mit der Region. Deshalb stelle ich die Folgen dieser Sichtweise in den Vordergrund.

Er war ein Verfechter der gelebten Partnerschaft zwischen BL und BS; unterstützte den Weg zu einer möglichen Wiedervereinigung durch die Fusionsinitiative. Er trat für das Projekt «Harmos» ein und wirkte beim Aufbau des Bildungsraumes Nordwestschweiz mit. Im Gegensatz zu etlichen Zeitgenossinnen und Zeitgenossen vergass er nie, dass einst der Kanton Baselland mit einer Standesinitiative eine deutlich verbesserte Koordination des Bildungswesens in der ausgeprägt föderalistisch organisierten Schweiz verlangt hatte. Den Weg seiner Vorgänger hin zur Universität beider Basel schloss er erfolgreich ab; ebenso den Vertrag zur Gründung der Fachhochschule Nordwestschweiz.

Kritik und unterschiedliche politische Auffassungen gehören zum Alltag eines Politikers. Gelegentlich musste sich Urs auch Kritik gefallen lassen, die nur wenig mit den Inhalten des diskutierten Gegenstandes zu tun hatte. Etwas mehr Gelassenheit in allen politischen Lagern hätte dem Bildungswesen gut getan. Urs verlor den Humor nie oder

selten. Sein ausgesprochener Sinn für Situationskomik half ihm immer wieder mal, im aufkommenden politischen Gegenwind zu bestehen. Mit bemerkenswerter Energie unternahm er nötigenfalls mehrere Anläufe, trat, wenn es ihm nötig erschien, den Rückzug an, um bei veränderter Ausgangslage einen nächsten Anlauf zu wagen.

Urs war ein Meister der letzten Minute. Wer mit ihm zusammenarbeitete, war durch seinen Arbeitsstil oft gefordert. Dank seiner Gewieftheit fand er in der Regel die Kurve. Urs und ich begegneten uns zum letzten Mal am Bildungsweekend der SP BL im Mai dieses Jahres. Während einiger Jahre halfen wir beide bei der Organisation der mehrtägigen Veranstaltung mit. Urs stellte seine herausragenden Kochkünste unter Beweis. Mit grösster Geduld erfüllte er sämtliche Sonderwünsche, die heute bei der Ernährung gang und gäbe sind. Auch ich kam in den Genuss eines zwiebefreien Sondertellers. Dazwischen bat er mich, noch schnell die vergessene Milch im Tal zu holen und auf dem Weg dorthin eine offene Rechnung zu bezahlen. In der Nähe von Urs gab es immer mal etwas «hurtig» zu erledigen.

Urs wird uns fehlen. Traurig und dankbar denken wir an ihn. Wir hätten ihm noch viele Lebensjahre gegönnt. Unsere herzliche Anteilnahme gilt seiner Frau Carla und der ganzen Familie.

*Für die SP Baselland
Peter Schmid-Scheibler,
Alt-Regierungsrat*

RÜCKBLICK UND AUSBLICK DER FRAKTION AUF DIE LEGISLATUR 2019–2023

Von der Opposition zur erfolgreichen Minderheit

Mit den gewonnenen Wahlen 2019 und der Rückkehr der SP Baselland in die Regierung hat sich auch die Ausgangslage der SP-Fraktion im Landrat geändert. Gleich nach dem Wahlsieg haben wir als stärkste Fraktion im Kantonsparlament unseren Gestaltungsanspruch angemeldet und uns, zusammen mit Kathrin Schweizer in der Regierung darangemacht, den Kanton Baselland nach SP-Vorstellungen und Werten mitzugestalten.



Fraktion der SP BL Ende Februar 2022.

Bei der seit Juli 2022 amtierenden Regierungspräsidentin Kathrin Schweizer liest sich das so: Sie hatte sowohl im Parlament (u. a. Polizeigesetzrevision, Zivildienstgesetzrevision) als auch bei der Bevölkerung (kantonales Integrationsprogramm) mit all ihren Vorlagen Erfolg. Auch das Top-Sharing (Jobsharing bei Kaderstellen) hat sie im Kanton Baselland institutionalisiert und so entscheidend zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf beigetragen.

Die soziale Stimme in der Regierung

Viel wichtiger scheint mir aber, dass Kathrin Schweizer die in ihrem Wahlkampf versprochene soziale Stimme in der Baselbieter Regierung ist. So hat sie beispielsweise – auch dank dem Druck unseres Initiativprojekts «gebührenfreie Kinderbetreuung für alle» – ein Umdenken in der Regierung herbeigeführt: Die Regierung wollte alle unsere Vorstösse zum Thema familienergänzende Betreuung (FEB) entgegennehmen. Der Landrat ist dieser Empfehlung der Regierung dann erfreulicherweise auch gefolgt und hat die Vorstösse zusammen mit weiteren Forderungen aus dem FEB-Bereich allesamt überwiesen. Baselland muss und wird sich im FEB-Bereich also bewegen.

Gestaltungsanspruch trotz Minderheitsposition

Dieses Beispiel zeigt, dass wir auch mit Hilfe des Drucks der Basis und aus der Gesellschaft in der parlamentarischen Arbeit erfolgreich sind. Die nackten Zahlen untermauern das. Trotz einer links-grünen Minderheitsposition im Parlament hat dieses von 102 SP-Vorstössen, über die der Rat zu entscheiden hatte, deren 83 an die Regierung überwiesen und damit den Auftrag erteilt, das Baselbiet vermehrt nach unseren Vorstellungen zu gestalten. Die Erfolgsquote von über 80% zeigt für mich, dass wir nahe an den Leuten politisieren und mit unseren Vorstössen Anliegen und Ideen aufnehmen, welche weit über die Parteigrenzen hinaus Akzeptanz finden. Mit vielen wichtigen Anliegen sind wir aber auch an der rechtsbürgerlichen Mehrheit im Kantonsparlament gescheitert.

Mehr SP für Fortschritt im Baselbiet

Die Verletzlichkeit der Schwächsten in unserer Gesellschaft wurde uns in dieser Legislatur durch Pandemie, globale Wirtschaftsmechanismen und den Ukrainekrieg überdeutlich vor Augen geführt. Trotzdem wollte der Landrat nichts von unserer Forderung nach einem kantonalen Mindestlohn wissen, der

die Situation für das Prekariat verbessern könnte. Auch beim Klimaschutz und dem Umgang mit dem Klimawandel beissen wir auf Granit. Vielen Bürgerlichen ist der Ernst der Lage nach wie vor nicht bewusst, oder sie ignorieren die Tatsachen einfach, um Pfründen und Privilegien zu schützen. Eine verantwortungsvolle Politik sieht anders aus! Wir brauchen deshalb unbedingt mehr SP in Parlament und Regierung, um Fortschritt fürs Baselbiet zu ermöglichen. Unser Fortschrittsprogramm bietet den Leuten dazu einen Plan, wie dies aus sozialdemokratischer Sicht gelingen kann. Als Nächstes gilt es aber zuerst, die nächsten Steuerausfälle mit der geplanten Vermögenssteuerreform I zu vermeiden, um dem Kanton Baselland nicht noch mehr Gestaltungsspielraum zu nehmen und die Gemeinden nicht noch weiter unter Druck zu setzen.

*Im Namen der Fraktion:
Roman Brunner, Fraktionspräsident*

LANDRATS- UND REGIERUNGSRATS-PRÄSIDIUM IN SP-HAND



Mit Lucia Mikeler Knaack und Kathrin Schweizer wurden am 30. Juni zwei starke Persönlichkeiten aus unseren Reihen als Landratspräsidentin und Regierungsratspräsidentin gewählt. Dazu gratulieren wir ihnen herzlich! Es freut uns sehr, dass mit Lucia eine äusserst engagierte und bestens vernetzte SP-Politikerin das höchste politische Amt des Baselbiets übernimmt. Wir freuen uns auf das Wahljahr zusammen mit den beiden profilierten Genossinnen. Es ist übrigens das erste Mal, dass beide Präsidien gleichzeitig in der Hand von SP-Frauen sind.



Das OK des Sommerfests geniesst den gelungenen Anlass: Susann, Corinne, Joel, Christine, Nelly und Xaver.

Die SP kann festen! Und wie!

Xaver und Nelly am Tag nach dem Sommerfest der SP Baselland

«Schon wach?»

«Ja, aber noch müde.»

«Wir kamen noch locker heim, denn so viele Leute haben beim Aufräumen geholfen, das war nett!»

«Das war echt super. So wie das ganze Fest super war!»

«Ich habe viele Leute endlich mal wieder gesehen, das war so schön. Und man konnte richtig miteinander plaudern. Nicht wie an den DVs, wo man sich nur ganz schnell hoi sagen kann, zwischen all dem Zuhören.»

«Das Essen war im Fall megafein. Die kochen wirklich gut, die vom Aleppo. Und getrunken habe ich auch genug.»

«Haha – war ja auch heiss, gell. Der Soli-Drink war lecker. Und die Kuchenauswahl sowieso. Die Sektion Frenkendorf hat das fein gemacht.»

«Und von früh bis spät mitgeholfen haben sie, sehr toll! Und andere Helfer:innen waren auch noch da.»

«Es war sowieso wunderbar, dass so viele unterschiedlich alte und junge Menschen am

Fest waren. Das Kinderprogramm war auch schön, weil sich das so gut ins Fest integriert hat. Die SP ist echt eine Mehrgenerationenpartei.»

«Sogar beim Tanzen! Die alten Sozis können ihre Knochen tatsächlich noch prima schwingen... Was bei der Musik der Band «Amix» aber auch gar nicht schwer war.»

«Die Show der Drag Queen LaMer war etwas schräg. Meinst du, das war den alten Sozis dann doch etwas zu wild?»

«Kann sein. Aber die SP-Leute sind doch auch offen und neugierig auf Neues. Und LaMer hatte ja durchaus auch politische Botschaften.»

«Politisch war das Fest sowieso, was man an den vielen Transpis, die die Leute mitgebracht haben, gut sehen konnte. Wir wollten ja nicht einfach nur so ein Spassfestli machen.»

«Ja, die Reden von Miriam Locher, Kathrin Schweizer und Thomas Noack fand ich sehr passend. Trotz roter Nase und Ritterhelm sagten sie gute, wichtige Worte.»

«Ach ja, der Running-Gag mit dem Helm. War das zu blöd?»

«Nein, fand ich nicht. Es hat mich gefreut zu sehen, dass die SP so humorvolle Amtsträger:innen hat. Humor ist wichtig, gerade in der Politik. Auch, weil man ja immer mal wieder verliert.»

«Ich habe beim Boule-Spielen verloren!»

«Stimmt, das konnte man ja auch noch machen am Fest. Und Singen! Aber bei der Tombola hast du etwas gewonnen, oder? Da gabs ja wirklich viele tolle Preise zu gewinnen»

«Ja, dank vielen netten Preis-Spender:innen. Die Lösli gingen weg wie warme Weggli.»

«Übrigens soll mal jemand gesagt haben, die SP könne nicht festen.»

«Wie bitte? Wer sagt denn so etwas? Es war eine Supersause und ich bin dafür, dass die SP auch in Zukunft festet. Feste geben Schwung und Kitt für all die Mühsal, die der politische Alltag ja auch mit sich bringt.»

«Genau. Und diesen Schwung nehmen wir jetzt mit in die Zeit des Wahlkampfes. Ich habe am Fest so viele Genoss:innen wiedergetroffen und kennengelernt und mit diesen politisiere ich gerne weiter. Mit solchen Menschen ist vieles möglich.»

AGENDA SP BL

- **Samstag, 3. September, 8.30 Uhr**
Wahlparteitag
Regierungsgebäude Liestal
- **Dienstag, 27. September, 19.30 Uhr**
Delegiertenversammlung
Gymnasium Laufen
- **Dienstag, 18. Oktober, 19.30 Uhr**
Sessionsbericht
Schulhaus Gründen in Muttenz

AUS DEM LANDRAT

Angriff des KSBL auf den Gesamtarbeitsvertrag

Die Mitarbeiter:innen des Kantons-
spitals Baselland müssen sich in
diesem Jahr lange gedulden, bis sie
ihre Lohnerhöhung erhalten. Die
Verhandlungen zwischen den Perso-
nalverbänden und dem KSBL erwei-
sen sich als alles andere als einfach.
Eine Einigung ist nicht in Sicht und
wird wohl erst vom Schiedsgericht
herbeigeführt werden können. Doch
was ist da passiert?

Fantasievolle, aber faule Ausrede

Die Leitung des KSBL tut so, als ob
sie bei der Umsetzung der Pflegeini-
tiative vorwärts machen und darum
die Löhne in der Pflege besonders
stark anheben wolle. Den Perso-
nalverbänden wirft sie vor, dies zu
blockieren und somit die Lohnerhö-
hung der Mitarbeitenden zu verzö-
gern. Personalverbände, die Lohner-



Tania Cucè, Landrätin und
Co-Präsidentin VPOD Region
Basel

höhungen blockieren? Wohl kaum!
Die Leitung des KSBL will zwar die
Löhne in der Pflege, bei den medizi-
nisch-technischen Angestellten und
bei den Oberärzt:innen besonders
anheben, dies jedoch auf Kosten der
anderen Berufsgruppen. Die Perso-
nalverbände sind der Meinung, dass
die Lohnerhöhungen allen gleicher-
massen zustehen. Wenn das KSBL
die Löhne von einzelnen Berufs-
gruppen anheben möchte, kann das
jederzeit durch eine ausserordent-
liche Lohnerhöhung beschlossen
werden. Die Personalverbände und
das KSBL konnten sich bisher dies-
bezüglich nicht einigen.

Missachtung des GAV

Am 23. Juni 2022 hat der Verwal-
tungsrat des KSBL beschlossen, die
Lohnrunde einseitig umzusetzen.

Indem die Leitung des KSBL, eines
Unternehmens im Besitz des Kan-
tons, die Lohnrunde ohne Verhand-
lungsabschluss einseitig umsetzt,
missachtet sie den Gesamtarbeits-
vertrag in seinen Grundfesten. So-
mit fährt sie einen Frontalangriff auf
die Arbeitsbedingungen von rund
3000 Beschäftigten. Dass sie sich
darüber hinaus mit einer mickrigen
Lohnsummenerhöhung von total
0,8 % bei gleichzeitig explodieren-
der Teuerung auf die Pflegeinitiative
beruft, tritt deren Anliegen mit Fü-
ssen und ist blanker Hohn. Zusätz-
lich zeigt sich die Leitung des KSBL
ignorant gegenüber allen anderen
Berufsgruppen, die alle zu einem
funktionierenden Spital beitragen.
Die Scheinverbesserungen werden
auf deren Kosten vollzogen und nur
0,4 % der Lohnsummenerhöhung
kommt auch ihnen zugute.

Mit einem Vorstoss möchten wir
nun von der Regierung wissen, wie
sie sich dazu stellt, dass das KSBL
als Unternehmen im Eigentum des
Kantons sich um den gesetzlich vor-
geschriebenen GAV und um die So-
zialpartnerschaft foutiert.

AUS DEM GROSSEN RAT

«chilling effect» für feministische Forderungen: Nicht mit uns!

Erst gerade hat das Justiz- und Si-
cherheitsdepartement (JSD) dem
Grossen Rat Antworten auf eine Pe-
tition zum Frauenstreiktag 2020 ge-
geben. Das JSD beteuert, die Polizei
setze in erster Linie auf Dialog und
Deeskalation. Am Streiktag 2022 hat
die Polizei aber mit ihrem massiven
Einsatz ein anderes Bild abgegeben.
Sie hat Unverständnis, Sorgen und
gar Angst ausgelöst.

Sind Frauen gefährlich?

Die Erzählung der 10-jährigen Lara
(Name geändert) geht mir besonders
nah. Lara hat eine wohlüberlegte
Meinung zu den Themen, für die
sie auf die Strasse geht. Sie und ihre
Mutter wurden 2020 von der Polizei
eingekesselt und lange nicht her-
ausgelassen. Eine Mutter mit ihrem
8-jährigen weinenden Kind. Von der
Polizei erlebte Laras Mutter keine

Rücksicht, sondern Verurteilung.
Lara wurde vom Erlebten geprägt.
Beim Anblick des Polizeiaufgebots
am 14. Juni 2022 war die Erinnerung
an den Kessel sofort da. Die vielen
Polizist:innen mit Montur und Ge-
wehr haben ihr Angst gemacht. Wozu
es die vielen Polizist:innen brauche,
fragte Lara ein Dialogteam. Um das
Gebäude zu beschützen, war die An-
wort. Die Frage «vor wem?» blieb für
Lara offen. Die Demo war friedlich,
es waren mehrheitlich Frauen. Lara
fragt mich: Sind Frauen gefährlich?

Eine Bekannte hat sich erkundigt,
wieso der gesamte Demozug gefilmt
werde. Wenn etwas passiere, könn-
ten so jene ausgeschlossen werden,
die nichts Unrechtes getan haben,
wird erklärt. Ich frage mich: Sind
Frauen eine generelle Bedrohung,
wenn erst das Ausschlussprinzip
das Gegenteil zeigen kann?



Toya Krummenacher,
Grossrätin

Forderungen zu stellen ist unser Recht

Die neue Demostrategie des JSD rech-
tfertigt den Polizeieinsatz vom 14. Juni
2022 nicht. Der Eindruck bleibt, dass
bei Demos für feministische Forde-
rungen ausserordentlich viel Polizei
aufgeboten wird. Die Polizei setzt auf
einen strategischen «chilling effect»
(Abschreckungseffekt), das lässt sich
nicht mehr abstreiten.

Diese nonverbale Unterstellung,
feministische Forderungen seien
eine Bedrohung, kann und will ich
nicht auf mir sitzen lassen. Deswe-
gen habe ich dem Regierungsrat 14
Fragen gestellt zum Vorgehen am
Streiktag 2022. Forderungen zu stel-
len ist unser Recht! Ich erwarte eine
andere Vorgehensweise der Polizei
am feministischen Frauenstreiktag
2023 und generell gegenüber femi-
nistischen Forderungen.